

Aus dem Sitzungssaal vom 07.04.2022 – Teil 1

Einwohnerfragestunde

Die anwesenden Zuhörer hatten keine Anfragen.

Friedhof Fichtenberg

a) Friedhofsgebäude mit Überdachung hier: Windschutzmaßnahmen

In der letzten Gemeinderatssitzung wurden einige Anfragen von Gemeinderäten über den Zustand, Nutzbarkeit und Wünsche bei der Benutzung genannt. Deshalb hatte sich der Gemeinderat heute vor Ort mit Architektin Esther Kuhn aus Schwäbisch Hall, Bauhofleiter Thomas Munz, Pfarrerin Ursula Braxmaier von der Evangelischen Kirchengemeinde und Herrn Pater Thomas Tomy von der Katholischen Kirchengemeinde und der Gemeindeverwaltung im Rahmen eines Vororttermins darüber unterhalten. Hierbei wurden die gesamten Wünsche und Anregungen aufgenommen, die zur weiteren Bearbeitung Architektin Esther Kuhn mitgegeben werden. Grundsätzlich wird festgestellt, dass die Holzbalken vielleicht nicht so schön wirken, aber in einem tadellosen Zustand und noch über Jahre haltbar sind.

Nachstehend die Aufstellung der Wünsche / Anregungen:

-Der Raum, in dem sich die Pfarrer umziehen, sollte einen Spiegel und ein Waschbecken erhalten und der Raum sollte beheizbar sein.

-Die Eingangstüre und auch auf der anderen Seite der angedachte Durchgang mit den Holzplatten wäre mit einer optisch ansprechenden Türe zu ersetzen oder es wäre nach einer anderen Lösung zu suchen.

-Angesprochen wurde auch eine WC-Anlage für Damen, Herren und ein Behinderten-WC.

-Für den Innenraum wären für eine besinnlichere Atmosphäre zwei Kerzenständer sinnvoll.

-Auf den Betonsitzbänken sollen noch Holzauflagen geprüft werden.

-Wünschenswert wäre, das Gebäude als geschlossenen Raum bzw. mit Windschutz zu versehen, oder aber auch mit Abtrennungen zwischen den Holzbalken.

-Angedacht werden könnte auch, als Windschutz weitere zwei Holzelemente, wie sie bereits jetzt auf der linken Seite zwischen den Pfeilern installiert sind, auch auf die

rechte Seite zu setzen und die Überprüfung, ob dies schon funktionell ausreichend wäre.

-Ein textiler Behang könnte als Alternative bei entsprechenden Windverhältnissen auch eine Lösung sein.

-Eine Hecke um das Gebäude wäre eventuell auch bereits ein Windschutz und könnte in die Untersuchung einfließen.

-Sofern das Gebäude geschlossen würde, wäre es notwendig, außen noch Lautsprecher und innerhalb des Gebäudes eine bessere Beleuchtung zu installieren.

-Eine Möglichkeit, die gesamte Fläche zu nutzen, wäre, das Dach weiter Richtung Süden bis zu den Betonsitzbänken zu ziehen und dann das Gebäude in sich zu schließen.

-Nachgedacht werden soll in diesem Zusammenhang auch über die Erstellung der bereits geplanten Gesamtanlage, die bisher nur teilweise erstellt wurde.

-Alle angedachten Varianten, die den Innenraum nach außen abschließen, wären auch auf die Nutzbarkeit und Teilnehmerzahlen zu prüfen, da auch Chöre darin gesungen haben und bisher ein nahtloser Übergang von Besuchern von außen nach innen gegeben war.

Es besteht im Gemeinderat Einigkeit, dass alle diese Fragestellungen untersucht, mit Kosten hinterlegt und auch über die Machbarkeit gesprochen werden muss. Hierzu wären dann auch die Auswirkungen auf die Kostenersätze zu berücksichtigen.

Nachdem von Seiten der Evangelischen Kirchengemeinde der Wunsch an ein abgeschlossenes Gebäude besteht, da seit der Corona-Zeit die Nutzung des Gebäudes für sehr praktische empfunden wird, würde die Kirchengemeinde ggfs. ein E-Piano zur Verfügung stellen.

Der Gemeinderat stimmt sich einstimmig dafür aus, dass Architektin Esther Kuhn mit der Planung beauftragt wird und diese Inhalte im Einzelnen aufgearbeitet werden. Im weiteren Verlauf wurde noch auf die genutzten Stuhlreihen im Gebäude eingegangen. Ein Vorschlag aus der Gemeindeverwaltung war, die jetzt bestehenden Sitzbänke aus Fichte-Leimholz um zwei Reihen zu ergänzen. Damit wäre das Gebäude auch stilgerecht ausgestattet und die alten Stühle könnten noch im Einzelnen benutzt werden, wenn sie im Außenbereich benötigt würden, nach einer Aufarbeitung, wie sie vor Ort erläutert wurde.

Diese Sitzbänke wurden angeboten zu einem Preis von 2.850,00 Euro pro Bank zuzügl. MWSt.

Der Gemeinderat stimmt einstimmig für die Beschaffung.

Ebenso sollen zwei Boxen angeschafft werden, damit dann die Besucher ggf. auch die jetzt schon vorhandenen Sitzkissen auf die Bänke mitnehmen können.

Der Gemeinderat gibt einstimmig seine Zustimmung für die Boxen und die Überarbeitung der derzeitigen Stühle.

b) Anlage eines Wegs unter Verwendung vorhandener Platten

In der Vergangenheit war des Öftern angesprochen worden, dass an einer Stelle die Wegbreite als Zugang zum Grabteil nicht vergleichbar wäre wie die mit Teil E und mit G. Dies stimmt insoweit, dass in Teil E + G Platten in einer Breite von 50 cm verlegt sind und im angesprochenen Bereich hier die 50 cm dadurch erreicht sind, dass Platten mit 30 cm verlegt sind und die Restbreite mit 20 cm eingeschottert und die Hecke zurückgeschnitten wurde. Mit der Auflösung anderer Gräber sind nunmehr Platten frei, die benutzt werden könnten, um diesen Weg in der gleichen Form auszuführen. Die dann freiwerdenden 30 cm breiten Platten können in der Zukunft verwendet werden. Kosten entstehen hieraus von ca. 3.000,00 Euro.

Nach einer kurzen Diskussion auch in der Fragestellung, ob tatsächlich die Notwendigkeit dafür besteht, wurde bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen, diese Maßnahme durchzuführen.

c) Verschiedenes

Die heute angesprochenen Inhalte zur Aussegnungshalle sollen bei der nächsten Bürgerversammlung vorgestellt werden, falls bis dorthin schon planerisch und kostenmäßige Ergebnisse vorliegen.

Angeregt wurde auch, dass auf dem Friedhof Schilder aufgestellt werden, wo sich das jetzt bestehende öffentliche WC befindet und die alte Aussegnungshalle soll an der Westseite gestrichen werden.

Bebauungsplan "Mühläcker, Talaue"

hier: Sachstandsbericht mit Beschlüssen

Im Gemeinderat wurde beschlossen, dass diese Baulücke noch geschlossen werden soll. Dafür ist es notwendig, einzelne Stellungnahmen einzuholen, wie auch die Relevanzeinschätzung der Unteren Naturschutzbehörde. Von dort wurde mitgeteilt, dass sich im Geltungsbereichs des geplanten Bebauungsplans „Mühläcker, Talaue“ keine Überflutungsflächen und auch kein FFH-Schutzgebiet befindet. Zum Dappach hin sollte ein 7 m breiter Gewässerrandstreifen eingehalten werden, ansonsten würden sich hieraus keine Beeinträchtigungen ergeben. Innerhalb des Geltungsbereichs befindet sich eine Fettwiese. Die Wiese bildet keine besonderen Strukturen, so dass

nicht mit dem Auftreten seltener und geschützter Arten gerechnet werden muss. Angrenzend an die bestehende Bebauung wachsen Bäume und Sträucher. In den Bäumen sind keine Höhlungen oder freie Nester vorhanden, die für Brutvögel und Fledermäuse interessant sein könnten. Um das Tötungsverbot sicher ausschließen zu können, wird die Rodung von Bäumen auf das Winterhalbjahr beschränkt. Weitere Lebensräume für streng geschützte Tierarten sind im Untersuchungsgebiet nicht vorhanden. Besonders geschützte Tier- und Pflanzenarten werden im Zuge der Eingriffsregelung berücksichtigt. Ein Fachgutachten ist daher aus deren Sicht nicht erforderlich.

Im Weiteren wurde ein Lärmschutzgutachten erstellt, das die in Richtung Norden davor befindliche Landesstraße L 1066 näher untersucht. Aufgrund des Ergebnisses müssen passive Lärmschutzmaßnahmen nach DIN 4109 innerhalb des Planungsgebiets vorgesehen werden. Dieser passiver Schallschutz sieht zum Beispiel eine fensterunabhängige Lüftung der schutzwürdigen Räume vor. Die Umsetzung der geforderten Maßnahmen müssen bei der Planung der entsprechenden Projekte berücksichtigt werden und sind Voraussetzung für die Genehmigung. Das Gutachten liegt dem Gemeinderat vor.

In einer kurzen Diskussion Fragen nach einer besseren Lärmschutzwand oder auch einem besonderen „Flüster“asphalt als Belag auf der Landesstraße, stimmt der Gemeinderat einstimmig zu, dass die Aufarbeitung weiter voranschreitet und ein Bebauungsplanentwurf vorgelegt wird.

Sanierungsmaßnahmen der Wasser-, Abwasserleitungen und Straßen im Bereich der alten Brückäckersiedlung sowie private Modernisierungsmaßnahmen (ELR-Förderprogramm)

Bürgermeister Miola begrüßt Verbandsbaumeister Manfred Sonner vom Verbandsbauamt in Gaildorf.

a) Information über Gespräche mit den Grundstücksbesitzern und Planungsinhalte

Der Gemeinderat hatte beschlossen, dass im Bereich der Straßenkreuzungen auch Pflanzinseln angelegt werden mit zum Teil Sitzgelegenheiten. Diese Fragestellung wurde eingehend mit den angrenzenden Grundstücksbesitzern besprochen. Es besteht Einigkeit, dass diese ausgeführt werden können. Es wurden in Nuancen Verbesserungen auf Anregungen der Grundstücksbesitzer vorgenommen. Alles in allem wird dadurch die Siedlung lebenswerter. Die Gemeinde ist sich dennoch bewusst, dass auch diese Anlagen durch die Gemeinde gepflegt werden müssen. Dies war auch Gegenstand der Stellungnahme der einzelnen Grundstücksbesitzer. Die Begehung war sehr produktiv und wird dann auch die Umsetzung unterstützen.

Der Gemeinderat nimmt die aufgelegten Besprechungsinhalte zur Kenntnis.

b) Bauzeitenplan

Baubeginn ist am 19.04.2022 geplant und die Firma denkt, dass sie dieses Jahr größtenteils fertig werden wollte. Soweit es nicht möglich ist, sollen die Restarbeiten ab März nächstes Jahr fortgeführt werden.

c) Verschiedenes

Fehlanzeige

Ausweisung eines Gehweges (Probeversuch) in der Tälestraße

hier: Information über das Gespräch mit den Anliegern

Auf Anregung aus der Bürgerschaft hatte der Gemeinderat beschlossen, die Anlage eines Gehwegs entlang der Tälestraße zwischen der Einmündungen Silberstraße und Am Glattenzainbach zu prüfen. Hierbei wurde beschlossen, über einen Zeitraum von drei Monaten einen Gehweg mit Absperrung provisorisch zu markieren, um den Einfluss auf das Verkehrsgeschehen zu beobachten. Bei dem Ortstermin mit den betroffenen Anwohnern wurde auf der Straße ein Gehweg mit einer Breite von ca. 1,20 m markiert. Die anwesenden Anwohner sehen die Anlage eines Gehwegs grundsätzlich als sinnvoll an. Kritisch wird die Parksituation angesehen. Derzeit wird am Straßenrand an der Tälestraße geparkt. Beim Ortstermin wurde festgestellt, dass LKW's auch auf dem Reststreifen der Fahrbahn zwischen parkenden und Autos und dem Gehweg fahren können. Angesprochen wurde auch, dass zu schnell gefahren wird. Durch die Anlage eines Gehwegs würde die Fahrbahn schmaler werden, was in der Regel zu einer Reduzierung der gefahrenen Geschwindigkeit führt. Generell liegt die Tälestraße in einer 30er Zone. Im Gespräch wurde dann vorgesehen, dass ein Parkverbot in diesem Straßenbereich zunächst nicht angeordnet wird. Aus diesem Sachverhalt ergibt sich eine rege Diskussion im Gemeinderat, ob ein Parkverbot angeordnet werden soll. Für die Argumentation, dass kein Parkverbot angeordnet werden soll, spricht, dass automatisch langsamer gefahren werden muss bzw. sogar abzuwarten ist, bis der Verkehr durchgefahren ist, da dann nur eine Fahrbahnbreite zur Verfügung steht. Von anderer Seite wurde eingeworfen, dass dadurch dann Tieflader und größere LKW's eventuell durch parkende Fahrzeuge, auch wenn es nur einseitig möglich wäre, erheblich behindert werden und es zu Problemen kommen könnte, weil hier die Fahrbahnbreite nicht ausreichend wäre.

Nach einer ausgiebigen Diskussion darüber, wird mehrheitlich bei 7 Zustimmungen beschlossen, dass gegen den Wunsch der Verwaltung ein Parkverbot auf beiden Seiten in dieser Zeit angeordnet wird. Bürgermeister Miola wird die Anwohner darüber unterrichten und der Versuch wird dann aufgenommen.

In diesem Zusammenhang wurde auch bekanntgegeben, dass von Seiten der Verkehrsbehörde mitgeteilt wurde, dass keine verkehrsrechtliche Anordnung notwendig ist, da es im Ermessen der Gemeinde liegt, einen Gehweg einzurichten.

Dabei ist darauf zu achten, dass er baulich so getrennt ist, dass eine eindeutige Trennung dieses Sonderbereichs erkennbar ist.

Abschließend wird daher im Gemeinderat der Aufbau in dem Probelauf erläutert.

Starkregenereignisse

hier: Auswirkung auf Flächen / Gebietsteile der Gemeinde Fichtenberg

Die Starkregenereignisse im Ahrtal haben diese Diskussion auch insgesamt in der Bevölkerung wieder angeregt. Daher wurde die Situation in der Gemeinde durch das Verbandsbauamt aufgearbeitet. Eine entsprechende Vorlage liegt dem Gemeinderat heute vor. Herr Sonner geht im Einzelnen auf die darin enthaltenen Inhalte ein und vor allen Dingen erläutert er, was unter Hochwasser zu verstehen ist und was Starkniederschlagsgebiete bei Unwettern und extreme Niederschlagsereignisse sind. Ebenfalls wie sich dies dann in der Gemeinde widerspiegelt, sei es in der Kanalisation oder auf den Flächen in dem Gemeindegebiet. Im Weiteren werden einzelne Örtlichkeiten und die dabei erfassten Sachverhalte näher dargestellt. Hierbei wurde der Retzenhof, Rupphof, Waldeck, Stöckenhalde, Gehrendshalde, Am Dentelberg, Lindenstraße, Schwalbenweg, Schelmenäcker, Viechberg, die Unterführungen an der Bahnhofstraße und Rathausstraße, Diebachverdolung, Ortskern mit Tälestraße, Mühlweg, Hauptstraße, Marktplatz, Mühläcker, Dappach, Gewerbegebiet Hirschäcker, Mittelrot – Kroppach, Gehrhof und Erlenhof angesprochen. Die Situation wurde dabei erläutert und auch entsprechende weitere Untersuchungen dargestellt. Im Resümee wurde vorgetragen, dass bei den vorliegenden Betrachtungen keine Örtlichkeiten festgestellt wurden, bei denen ein sofortiger Handlungsbedarf gegeben wäre. Dennoch lohnt es sich, die aufgeführten Stellen einer vertieften Betrachtung zu unterziehen. An manchen Stellen können, teilweise auch durch kleinere Maßnahmen Verbesserungen erreicht werden. Insbesondere wurde dabei der Bereich Mühläcker, Waldeck, Rupphof, Gehrendshalde und Tannenweg und im Zusammenhang mit der Straßensanierung genannt. Abschließend wurde aber nochmals dargestellt, dass bei Regenereignissen wie es im Ahrtal war, auch wir sicherlich mit den Möglichkeiten überfordert sind, da dann solche riesigen Niederschlagsmengen und vor allen Dingen in kurzer zeitlicher Abfolge fallen, für die dann auch keinerlei Möglichkeiten im Vorfeld getroffen werden können. In diesen Fällen ist jedoch zeitnah mit allen Möglichkeiten einer Gemeinde einzugreifen. Angeregt wird von Bürgermeister Miola noch, dass auch der Stausee als Handlungsobjekt in dieser Aufnahme aufgenommen wird, was wohl nicht zur Diskussion steht, aber dennoch sehr viel zu unserer Oberflächenwasserableitung und Entlastung des Ortskerns bei diesen Ereignissen beiträgt.

Die Überschrift des Deckblattes soll zukünftig heißen "Oberflächensituation in der Gemeinde-

Zusammenstellung von einzelnen Bereichen in der Gemeinde";

dies auch im Hinblick darauf, dass sich auch andere Stellen ergeben können, die bisher noch nicht bewertet wurden oder auch aus den letzten Ereignissen der letzten 30 Jahren nicht bekannt waren.

Abschließend bedankt sich Bürgermeister Miola bei Herrn Sonner für die gute Zusammenstellung und Aufarbeitung der Sachverhalte. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass weiter an dieser Fragestellung gearbeitet wird und Lösungen und Ergebnisse in weiteren Sitzungen dargestellt werden.

Bericht von den Baustellen mit Beschlüssen

Sanierung der Gemeindehalle

Noch wenige kleinere Arbeiten stehen an, wie die Auswechslung der Duschköpfe. Dann kann auch schon die Abrechnung erfolgen.

Sanierung der Grund- und Werkrealschule

In der nächsten Gemeinderatssitzung wird die Abrechnung vorgelegt.

Sanierung Kindergarten

Bekanntermaßen werden die letzten Arbeiten in den Pfingstferien mit der Auswechslung der Heizung, der Auswechslung der Teile in den Zimmern, die asbesthaltiges Material enthalten und Erneuerung des Stromkastens erfolgen. Dabei wird auch die im evangelischen Kirchengebäudeteil gehörende WC-Anlage mit Warmwasser an die Wasserleitung angeschlossen.

Sanierung der Regenüberlaufbecken

Von Seiten der Planer wurde mitgeteilt, dass noch ein paar zusätzliche Vergaben stattfinden müssen, indem eine zusätzliche Leitung und ein zusätzliches Geländer beim RÜB in Mittelrot vorgesehen wird und zwei Pumpen noch komplett ausgewechselt werden. Ebenso ist die Zufahrt noch aufzuschottern. Kosten ca. 40.000 Euro. Eine Übersicht über die Kostenentwicklung liegt dem Gemeinderat vor. Wir werden aber dennoch unterhalb unserer Antragstellung abrechnen können. Die Abrechnung soll bis zur Sommerpause erfolgen.

Der Gemeinderat stimmt einstimmig zu, eine zusätzliche Leitung, das Geländer und die zwei Pumpen zu beschaffen. Im weiteren Beschluss wird einstimmig zugestimmt, die Zufahrtsituation zu verbessern.

Randsteinabsenkungen an der Kreisstraße K2613 nach Erlenhof im Bereich Hoflochstraße und Zufahrt Parkplatz Stausee

hier: Sachstandsbericht über Gespräche mit der Straßenbauverwaltung mit Beschlüssen

Aufgrund rechtlicher Vereinbarungen, die der Gemeindeverwaltung zwischenzeitlich vom Landkreis Schwäbisch Hall vorgelegt worden sind, gehen wir und auch die dortigen Mitarbeiter davon aus, dass Absenkungen im Bereich des Gehweges von der Gemeinde Fichtenberg zu tragen wären. Um die angesprochenen Übergänge zur Fahrbahn besser zu gestalten, wären an 5 Stellen (Zufahrt Parkplatz Stausee, Einmündung Schwalbenweg, Einmündung Hoflochstraße) jeweils an den Übergängen zum bestehenden Gehweg an der Kreisstraße Absenkungen vorzunehmen, wie dies auch bereits erfolgt ist, z. B. an der Treppe vom Baugebiet Hofloch Zugang Dammstraße. Die Kosten liegen bei einer 2 m breit ausgebauten Absenkung bei ca. 25.000 Euro für alle 5 Stellen.

Die Gemeindeverwaltung begrüßt diese Änderungen, da auch innerhalb des Ortskerns an allen Kreuzungen ein bequemerer Übergang geschaffen worden ist. Dies ist daher nicht abhängig von einzelnen Bevölkerungsgruppen oder Standorten, sondern es sollte eine logische Konsequenz sein, aus der heutigen Zeit des gemeinsamen Zusammenlebens und auch der Möglichkeit, sich ungehindert zu bewegen. Dennoch würde bei der Umsetzung ein weiteres Problem nach wie vor bestehen, nämlich dass im Bereich zwischen Einmündung Hoflochstraße und der Zufahrt zum Parkplatz keine zwei Rollstuhlfahrer nebeneinander fahren könnten, da der Gehweg nicht breit genug ist. Dennoch erscheint es sinnvoll, die Absenkungen vorzunehmen, da diese Bereiche alle so überschaubar sind, dass auch Personen, die diese Möglichkeit dann nutzen, eben kurz warten und sich einigen müssten, wer zuerst entlangfahren kann. Ausweichstellen sind keine möglich.

Nach einer kurzen Diskussion über die Notwendigkeit wird bei einer Gegenstimme beschlossen, die Maßnahmen durchzuführen und das Verbandsbauamt wird beauftragt, die Arbeiten umzusetzen.

In diesem Zusammenhang wird noch die Zufahrt zur Dammstraße angesprochen, die zwar bereits abgesenkt, aber noch sehr hoch ist. Dies würde in diesem Zusammenhang auch mit angeglichen.

Flüchtlinge aus der Ukraine

hier: Integration und Unterbringung in der Gemeinde und damit verbundene Aufgaben der Gemeinde

In kurzen Worten skizziert Bürgermeister Miola die politische Lage zu diesem Thema. Dieser unmenschliche Krieg, der niemand von vorneherein Vorteile oder einen Nutzen gebracht hatte und zudem noch mit unglaublicher Gewalttätigkeit von russischer Seite ausgeführt wird, wird uns über Jahre hinweg beschäftigen und uns finanziell, aber auch menschlich, Einiges abfordern. Daher ist es sehr erfreulich, dass sich auch bei uns in der Gemeinde Personen finden, die sich gemeldet haben, um geflüchtete Menschen aus der Ukraine aufzunehmen. Derzeit sind 3 Familien mit 7 Personen aufgenommen worden. Hierbei handelt es sich um Frauen mit ihren Kindern. Zudem haben sich noch 4 Wohnungseigentümer gemeldet, die auch bereit wären, Personen aufzunehmen.

In diesem Zusammenhang wird kurz erläutert, wie die Unterbringung im Landkreis Schwäbisch Hall und im Land Baden-Württemberg erfolgen wird. Zuerst erfolgt die Unterbringung durch die LEA in Ellwangen, die aber bereits überfüllt ist, dann geht es über den Landkreis Schwäbisch Hall zu den Kommunen. Die Landkreisunterbringung beträgt ca. 6 Monate. Parallel hierzu können Menschen auch direkt in Familien und Wohnungen unterkommen, wie dies bei uns der Fall ist. In jeglicher dieser Formen werden die Personen auf die Quote der Gemeinde angerechnet. Der Landkreis Schwäbisch Hall hat das UG und das EG des ehemaligen Seniorenhotels in Fichtenberg erworben. Demnächst wird damit gerechnet, dass eine Unterbringung in den gleich nutzbaren Räumen stattfinden wird. Die Gemeinde wird in der Hinsicht gefordert sein, die Unterbringung zu organisieren und die Kinder in Schule und Kindergarten unterzubringen, damit sie eine Bildung erhalten. Es ist davon auszugehen, dass der Krieg noch über einen längeren Zeitraum hinweg geht und eine Rückführung nicht so schnell stattfinden wird, bzw. sich die Familien im Laufe der Zeit ggf. auch hier akklimatisieren. Dies ist eine große Notwendigkeit und Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Es haben sich bei der Gemeindeverwaltung bereits auch Vereine gemeldet, die gerne bereit sind, den Kindern und den Erwachsenen auch in ihren Vereinen bei der Integration zu helfen. Der bestehende Freundeskreis Mit- und Füreinander in Fichtenberg wurde um Mithilfe angefragt. Von dort wurde mitgeteilt, dass der Freundeskreis eigentlich altershalber nicht mehr besteht. Bürgermeister Miola bedankt sich in diesem Zusammenhang bei diesem Arbeitskreis für die frühere und auch noch jetzige Betreuung unserer Asylbewerber. Dies ist aber ein Themenfeld, das wir zeitnah angehen sollten, da die Integration eine wesentliche Voraussetzung für ein gutes Miteinander für die Zukunft sein wird. Daher schlägt die Gemeindeverwaltung vor, einen Aufruf zu bringen, wie auch damals bei der Asylbewerberproblematik, um auch hier wieder mit Menschen und den Vereinen/Institutionen zusammen eine Ebene zu bilden und Hilfe zu geben.

Nach einer kurzen Diskussion stimmt der Gemeinderat einstimmig zu, dass wir diesen Weg gehen.

Im Weiteren wird dargestellt, welche Unterbringungsmöglichkeiten derzeit in der Gemeinde bestehen. Im Schulhaus in Mittelrot wäre es möglich, wenn der Mieter ausgezogen ist, entsprechende Verhandlungen bzw. auch Verfahren sind bereits eingeleitet. In der Bahnhofstraße 33 sind zwei von 3 Wohnungsebenen frei und das Gebäude Hauptstraße 70/1 ist derzeit leer. Im weiteren besteht ein genehmigter Bauantrag für die Aufstellung von Container neben dem Bauhof. Es ist derzeit schwer überhaupt zu sagen, ob viele Personen zu uns kommen werden. Unabhängig davon wird noch mit Asylbewerbern und Obdachlosen gerechnet werden müssen. Deshalb sollte sich die Gemeinde vorbereiten, so dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden können. Die angesprochenen Gebäude sind eingerichtet und sind verfügbar. Bei der Container-Lösung wäre es wichtig, dass die Ausschreibungsunterlagen angefertigt werden und dass im Notfall auch kurzfristig eine Ausschreibung stattfinden kann. Dies ist kein Baubeschluss, sondern nur der Notlage geschuldet, dass eine Umsetzung möglich wäre, falls kurzfristig notwendig.

Hieraus ergibt sich eine kurze Diskussion. Angeregt wird noch, die Container-Räumlichkeiten darauf zu prüfen, ob sie von der Größe her auch für eine Familie, (z.B. Mutter mit zwei Kindern) praktikabel wären. Ansonsten wird einstimmig beschlossen, dass die Ausschreibung durch das Ing.büro Schoch vorbereitet werden kann.